



Antrag Nr.: A0773/13
Datum: 02.10.2013

A N T R A G SPD-Fraktion

Gegenstand:

EU-Förderstrategie für Dresden entwickeln - Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort stärken, sozialen Zusammenhalt fördern

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

1. ein integriertes Strategiekonzept zu entwickeln für den Einsatz und den Umgang mit den EU-Strukturfondsmitteln für die kommende Förderperiode 2014 - 2020. In die Erarbeitung des Konzeptes sollen die Vertreter der von den Fördermöglichkeiten Betroffenen sozialen Verbänden und Einrichtungen sowie Wirtschafts- und Forschungsinstitutionen einbezogen werden. Das Konzept ist dem Stadtrat bis April 2014 zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. sich gegenüber der Staatsregierung für eine gezielte Einbindung der sächsischen Kommunen gemäß dem von der EU geforderten Partnerschaftsprinzip in die Erarbeitung der Operationellen Programme einzusetzen.
3. eigene Zielvorstellungen und Anforderungen, die sich aus der spezifischen Dresdner Situation ergeben, gegenüber der Staatsregierung ausreichend zu vertreten. Über die spezifischen Zielsetzungen sind die Ausschüsse für Allgemeine Verwaltung, Soziales und Gesundheit, Umwelt und Kommunalwirtschaft, Stadtentwicklung und Bau, Finanzen und Liegenschaften, Wirtschaftsförderung sowie Kultur bis Dezember 2013 zu informieren.
4. sich ferner gegenüber der Staatsregierung dafür einzusetzen, dass Dresden auch künftig in das Fördergebiet für grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit aufgenommen wird.

Beratungsfolge

Ältestenrat		nicht öffentlich	beratend
Dienstberatung der Oberbürgermeisterin		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Wirtschaftsförderung		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau		nicht öffentlich	beratend (federführend)
Stadtrat		öffentlich	beschließend

Begründung:

Die Regionalpolitik der Europäischen Union bietet einen Rahmen für eine große Anzahl von Maßnahmen und Programmen, die auf das Wirtschaftswachstum und den sozialen Zusammenhalt der Regionen der Mitgliedsstaaten der EU zielen. Dresden hat von der EU-Förderung in den Bereichen Stadtentwicklung und Verkehr, Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Umwelt in den vergangenen Jahren enorm profitiert. Europäische Fördermittel in Millionenhöhe wurden u.a. in das Technikum der TU Dresden an der Nöthnitzer Straße, das Romain-Rolland-Gymnasium oder das Pumpspeicherwerk Johannstadt sowie zahlreiche weitere Einzelprojekte investiert.

2014 beginnt die neue siebenjährige Förderperiode für die EU-Programme des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Europäischen Sozialfonds (ESF), die sich an den Zielen der Wachstumsstrategie „Europa 2020“ für ein „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ orientiert. Sachsen kann trotz der allgemeinen Haushaltskürzungen in den EU-Strukturfonds weiterhin auf eine starke, milliardenschwere Förderung der EU bauen: Für den Freistaat stehen 2014 - 2020 schätzungsweise rund 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung, davon allein für die Region Dresden voraussichtlich mehr als 1 Milliarde Euro. Im Vergleich der Regionen mit ähnlicher Wirtschaftskraft zählt die Region Dresden europaweit sogar zu den am meisten begünstigten. Denn noch fällt die LH Dresden mit einer Wirtschaftskraft von knapp unter 90 Prozent, gemessen am EU-Durchschnitt des Bruttoinlandsprodukts, in die Kategorie der Übergangsregionen (75 - 90 Prozent). 2020 wird die Region Dresden diese Schwelle wohl überschritten haben. Dies ist einerseits eine erfreuliche Wachstumsperspektive, macht jedoch andererseits deutlich, dass eine weitere Beeinflussung des Wachstums unter Einsatz von EU-Fördermitteln nicht mehr möglich sein wird. Umso mehr kommt es darauf an, dass die Fördermittel nachhaltig und effizient eingesetzt werden.

Derzeit werden in Sachsen die Weichen gestellt, wo und wofür die EU-Gelder eingesetzt werden können. Die dafür zu entwickelnden Operationellen Programme sind nicht von der EU vorgegeben, sondern auf Landesebene zu entwickeln. Hier besteht Handlungsspielraum, weil die Förderschwerpunkte Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, Klimawandel und Energie, Bildung, Armutsbekämpfung und soziale Integration weit gefasst sind. Daher muss die Stadt Dresden jetzt eine Strategie für den Einsatz der europäischen Fördermittel entwickeln gerade eben auch in Hinblick auf die Verhandlungen mit der Staatsregierung und zur Entscheidung, in welchen Bereichen die Förderung für Dresden die besten Effekte bewirken kann.

Die Landeshauptstadt verfügt bereits über eine Vielzahl schlüssiger Fachkonzepte, die die konzeptionelle Voraussetzung für eine Dresdner EU-Strategie bilden können und auf die beim zielgerichteten Einsatz der Strukturfondsmittel aufgebaut werden kann: Das kommunale Handlungskonzept Bildung, der Aktionsplan zur Umsetzung der UN-

Behindertenrechtskonvention, das Integrierte Stadtentwicklungskonzept, das Energiekonzept, der Luftreinhalteplan, u. v. m. Verschmolzen zu einem integrierten Konzept lassen sich Maßnahmen verschiedener Fachpolitiken miteinander verzahnen und so nachhaltige Effekte erzielen. Auf diese Weise können infrastrukturelle und soziale Fördermaßnahmen aus den Förderpaketen EFRE und ESF miteinander gekoppelt werden, sich räumlich gebündelt ergänzen und damit ihre Wirksamkeiten für das Umfeld gegenseitig erhöhen.

Dies gilt im Besonderen Maße für die etablierten Fördergebiete der Sozialen Stadt Prohlis und Gorbitz. Zahlreiche Aufwertungsmaßnahmen mussten gestrichen oder gestreckt werden, nachdem die Bundesregierung 2011 die Mittel dieser Städtebauförderung um zwei Drittel gekürzt hat. Im Rahmen der neuen Förderperiode bietet sich die Chance diese Finanzierungslücke zu schließen. Darüber hinaus können für weitere Stadtteile, wie den Stadtteil Johannstadt, Förderprogramme aufgelegt werden, um Organisationen vor Ort zu unterstützen, die sich für die Verbesserung des Wohnumfeldes einsetzen.

Mit Blick auf die Bedeutung Dresdens als überregionaler Forschungs-, Hochschul- und Wirtschaftsstandort sollte die Staatsregierung die Landeshauptstadt auch ab 2014 wieder für das Fördergebiet für grenzüberschreitende Zusammenarbeit berücksichtigen. Nur dadurch kann gewährleistet werden, dass der hiesige Hochschul- und Wirtschaftsraum in Gänze in das EFRE-Förderprogramm im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit aufgenommen wird. Gerade für die grenzüberschreitenden Forschungs- und Wirtschaftskooperation wäre eine Einengung allein auf die unmittelbar grenznahen Gebiete nicht zielführend.

Aufgrund der weit reichenden strategischen Auswirkungen der Förderpolitik ist der Beschluss der Strategie durch den Stadtrat gerechtfertigt. Dresden hat damit zusätzlich Gelegenheit, sich als aufstrebender Standort in Europa zu präsentieren.

Anlagenverzeichnis:

Constanze Krehl, MEP (Berichterstatterin für die Allgemeine Verordnung):
Hintergrundinformation: „Was sich ändert: Die Neuausrichtung der Kohäsionspolitik 2014 - 2020“